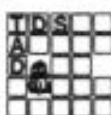


Dayanışma

10

Solidaritätspreis



TÜRKISCH - DEUTSCHER SOLIDARITÄTSVEREIN e.V.
ERLANGEN
TÜRK - ALMAN DAYANIŞMA DERNEĞİ

INHALT

Wiedererscheinen nach 10 Jahren	2
Positionspapier des SPD-Kreisverbands Erlangen zur Innen- Politischen Situation in der Türkei	4
Skizze über Fundamentalismus	6
Der Erlanger Amateur	6
Kritische Standpunkte	7
Die Türkei wird zunehmend unter Beschluß genommen	8
Menschenrechte	9
Die Feinde 2	9
Miszellen zum Thema PKK	10
2:1 für die Türkei	13
Aus der Türkischen Presse	14
Unsichtbare Mauer	15

İÇİNDEKİLER

Eşit Haklar, Barış, İşyeri Güvencesi, Sosyal Haklar için Haydi 1 Mayıs	3
Demokratikleşme Türkiye'nin En Önemli Sorunudur	5
İnsan Hakları-Düşman 2	9
Sağlık Köşesi	12
Türk Basınından	14



LEIDER DENKT ER IMMER NOCH !

Wiedererscheinen nach 10 Jahren

Nach einer langen Pause wieder anzufangen ist manchmal schwieriger als ein Neuanfang. Denn vieles ändert sich unwillkürlich. In unserem Falle: Erstens, die Themen die wir vor zehn Jahren diskutiert haben, haben sich in vielen Bereichen bis zur Unüberschaubarkeit verändert. Zweitens, die Entwicklung der Medienlandschaft (mit Sat-Antennen, Verkabelungen etc.) hat unsere Beurteilungen zu den diskutierten Themen auch stark beeinflusst.

Wir können unsere politische Aktivitäten, die seit der Gründung des Vereins vorhanden sind, in zwei Hauptbereiche gliedern:

1. Das politische Geschehen in der Türkei
2. Die Ausländerpolitik in der BRD

In den beiden Bereichen hat es leider in den letzten Jahren fast nur als negative zu bezeichnende Entwicklungen gegeben, noch dazu sind sie ineinander verschmolzen.

Vor zehn Jahren war die Türkei ein Land mit einer Regierung, die von Militärputschisten eingesetzt wurde. Heute jedoch regiert eine freigewählte Koalitionsregierung, die aber auf ihren Schultern immer noch das vom Militär gemachte Grundgesetz tragen muß, welches in vielen Punkten antidemokratisch ist, wie z.B. das Verbot der politischen Betätigung der Studenten, sowie eine Parteimitgliedschaft, Verbot der Gewerkschaftsmitgliedschaft für die Lehrer, Einengung der freien Meinungsäußerung der Intellektuellen etc.

An diesem Grundgesetz hat sich bis jetzt noch nichts geändert, aber die Stimmen werden immer lauter, wie von den Intellektuellen und den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern.

Wir als sozialdemokratische Migranten hoffen, daß der versprochene Demokratisierungsprozess der jetzigen Regierung nach den Regeln der parlamentarischen Demokratie durchgeführt wird. Wie vor zehn oder vierzehn Jahren, als die Kritik der damaligen Regierung viel riskanter war als jetzt, werden wir unsere Stimmen für ein demokratisches Herkunftsland weiterhin laut machen.

Nicht nur die Türkei, auch für ein besseres Zusammenleben hier, haben wir uns mit unseren deutschen Genossen und Freunden bis jetzt aktiv engagiert und das werden wir in Zukunft weiterhin so durchführen. Denn als "E.U. Ausländer" hierzuleben ist etwas einfacher geworden, aber sicher nicht für einen Türken.

Trotz vieler Unruhen in der Türkei, ist das Leben eines Urlaubers in der Türkei weniger bedroht, als das Leben eines Türken hier. Die vor Jahren vorhandene Ausländerfeindlichkeit hat sich zu einer Türkenfeindlichkeit zugespielt.

Wenn innerhalb kürzester Zeit Hunderte von türkischen Läden verbrannt werden, kommen diese Berichte in den Medien nach einer gewissen Zeit wie gewöhnliche Wetterberichte, ja sogar wie eine Normalität.

Seit vierzehn Jahren versuchen wir eine Brücke zu bauen, zwischen hier und der Türkei, zwischen Deutschen und Türken, zwischen der Kultur der Türkei und der der Migranten, in unseren traditionell gewordenen Kulturwochen.

Eine stete Unterstützung fanden wir von seiten des Kulturrates. Jedoch durch Kürzungen im Kulturbudget wird für uns in Zukunft die finanzielle Belastung allein unerträglich werden. Es wäre für eine Kulturstadt wie Erlangen sehr schade, wenn in Zukunft diese Brücke zerschlagen müßte.

Wir wollen mit unserer Zeitschrift "Dayanışma-Solidarität" vierteljährlich ein offenes Forum für verschiedene Meinungen, auch kontroversen Ansichten im politischen wie in kulturellen Bereichen, bilden.

Dieses Forum steht allen offen, sowohl den Vereinsmitgliedern, als auch befreundeten Organisationen und Personen. Außerdem wollen wir durch ein kompaktes Erscheinen viele Flugblätter und einzelne Bekanntmachungen umgehen.

Die Dayanışma-Redaktion

Solidarität

Dayanışma IMPRESSUM

DAYANIŞMA (SOLIDARITÄT) Erscheint vierteljährlich
HERAUSGEBER: Türkisch-Deutscher Solidaritätsverein e.V. Erlangen
VERANTWORTLICH FÜR DIESE AUSGABE: Zafer Titiz
REDAKTION: Zafer Titiz, Klaus Maltischeck, Karl Heinz Lehner,
Salih Arcan, Emine Sevimli, M.Tulay Kozacıoğlu
LAYOUT: M.Tulay Kozacıoğlu

KONTAKTADRESSE: Helmstr. 1, 91054 Erlangen
☎ : 09131-26733 Fax : 09131-26733
BANKKONTO: Sparkasse Erlangen, B.L.Z. 763 500 00 Konto 39 796
DRUCK:

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nur die persönliche Meinung des Verfassers wieder.
Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.



ALMAN
VATANDAŞLIĞINA
GEÇTİNİZ Mİ ?



POSITIONSPAPIER DES SPD - KREISVERBANDS ERLANGEN ZUR INNEN-POLITISCHEN SITUATION IN DER TÜRKEI

Vorbemerkungen :

Angesichts der heftigen Diskussionen, die in unserem Kreisverband zur innenpolitischen Situation in der Türkei geführt wurden, ist es in den letzten Monaten zu einem intensiven Meinungs austausch zwischen deutschen und türkischen Genossinnen und Genossen gekommen, der das Ziel hatte, eine inhaltliche Basis für eine weitere vertrauensvolle politische Zusammenarbeit in unserer Partei zu entwickeln. Gerade angesichts unserer gemeinsamen politischen Ziele (Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Gerechtigkeit, Frieden für die Menschen und mit der Natur), die wir national und international verfolgen, verbietet es sich jedoch auch, zu Entwicklungen zu schweigen, die dazu im Gegensatz stehen. Wir sehen es als Ermutigung in unserer Arbeit an, wenn wir in der BRD beim Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, bei unserem Einsatz gegen den Abbau von Grundrechten (z.B. Asylrecht) und die Demontage des Sozialstaats internationale Solidarität erfahren. Deshalb halten wir auch für unsere Pflicht, überall dort klar Stellung zu beziehen, wo außerhalb unserer Grenzen diese Solidarität dringend geboten erscheint, wenn dort eben genau diese Probleme auf der Tagesordnung stehen. Insofern versteht der Kreisverband dieses Positionspapier nicht als Einmischung in nationale Angelegenheiten, sondern als Beitrag internationaler Solidarität. Es soll die Diskussion in der SPD-Erlangen versachlichen und eine Basis für unsere weitere Arbeit in dieser Frage bilden.

Der SPD-Kreisverband Erlangen teilt die große Sorge vieler türkischer Demokratinnen und Demokraten um die zukünftige Entwicklung ihres Landes. Die jüngsten Umfragen, die der fundamentalistischen Wohlfahrtspartei eine Führungsrolle bei den Wählerinnen und Wähler bescheinigen, sind ein Anzeichen für die Tiefe Erschütterung der wirtschaftlichen, sozialen und demokratisch-politisch Strukturen in der Türkei. Dazu kommen neofaschistische und nationalistische Kräfte, die in ihrer wachsenden Bedeutung ebenfalls Ausdruck der zunehmenden inneren Destabilisierung sind. Eine Vielzahl von Bereichen des Staats und der Gesellschaft sind in der Türkei davon betroffen. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, seien einige wesentliche Aspekte genannt:

- die weitverbreitete Uneinsichtigkeit in der Kurdenfrage und die Unfähigkeit von Teilen des türkischen Staatsapparats, dieses Problem auf demokratischem Weg unter Beachtung der Menschenrechte und des Rechts auf kulturelle Selbstbestimmung zu lösen, führen zu einer Eskalation von Gewalt und Gegengewalt; darunter leidet die Bevölkerung nicht in den kurdischen Gebieten, sondern zunehmend auch in anderen Teilen der Türkei; die politische Bedeutung des Militärapparats wächst in einer

gefährlichen Art und Weise,

- Menschenrechte werden mißachtet (massive Einschränkung der Pressefreiheit, Verletzung von Frauenrechten, Behinderung bei gewerkschaftlicher Betätigung, Folter);
- die tiefe ökonomische Krise der türkischen Volkswirtschaft äußert sich in wachsender Arbeitslosigkeit, fallender Produktivität, enormer Staatsverschuldung, explodierenden Fehlbeträgen in der Leistungsbilanz, stetigem Anstieg der Auslandsverschuldung und galoppierender Inflation; die Folgen sind wachsende Armut und soziale Probleme.

Dies alles ist die logisch-konsequente Folge einer internationalen Wirtschafts- und Machtpolitik, die sich in der Vergangenheit des türkischen Staats und seiner militärischen Einrichtungen bedient hat, um westliche Kapital- und Verteidigungsinteressen durchzusetzen. Dabei bestand jedoch keinerlei Interesse, die türkische Volkswirtschaft in den ökonomischen Integrationsprozeß der europäischen Einigung miteinzubeziehen (es sei denn als Reservoir für Arbeitskräfte, solange man sie braucht, und als Absatz- und Investitionsfeld, so lange man gute Gewinne erzielen kann).

Die Probleme sind auch durch den türkischen Staats und Militärapparat entstanden, der es sich aufgrund der außenpolitischen Unterstützung erlauben kann, in vielen Bereichen (gerade auch in der Kurdenfrage!) demokratische Grundregeln und Menschenrechte außer acht zu lassen. Vor allem der Politik der NATO-Staaten kommt hier eine zentrale Verantwortung zu. Die Folge ist eine immense Aus- und Aufrüstung des Militärs, die dann wiederum für die ökonomische Krise mitverantwortlich ist.

Vor diesen Hintergrund stellt der Kreisverband der SPD-Erlangen fest:

1. Wir verurteilen in der Türkei - wie überall auf der Welt - jegliche Verletzung von Grund- und Menschenrechten, gleichgültig, von welcher Seite sie ausgehen und mit welchen Begründungen man eine "Rechtfertigung" versucht.
2. Wir erwarten vom türkischen Staat, wie von allen Staaten, in denen Kurden leben, der kurdischen Bevölkerung das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung zugestehen. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, daß dezentrale Strukturen - unterhalb der gesamtstaatlichen Ebene - die regionalen Probleme in vielen Teilen der Türkei (auch im Südosten) besser lösen würden.





3. Wir verurteilen jede Form der Gewalt bei dem Versuch, die Kurdenfrage zu lösen. Das gilt für den menschenverachtenden Terrorismus der PKK ebenso wie für Teile des türkischen Militär- und Staatsapparats, die in Mißachtung der rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Grundsätze ihre politischen Ziele in diesem Konflikt durchsetzen wollen.
4. Wir erwarten, daß von staatlicher türkischer Seite wesentliche Schritte zu einer Deeskalation unternommen werden, indem in Gesprächen mit relevanten Vertreterinnen und Vertretern der kurdischen Bevölkerung nach einer friedlichen Lösung gesucht wird. Dies würde u.E. auch der PKK den Boden für weitere Aktivitäten entziehen.
5. Wir gehen davon aus, daß allein in einer friedlichen Beilegung des Konflikts die Voraussetzungen für eine soziale, ökonomische und politische Stabilisierung des Landes liegen.
6. Wir wissen,
 - 6.1 daß es in der Türkei eine demokratische Tradition gibt;
 - 6.2 daß sie bis heute das einzige Land in der Region mit einem echten Mehrparteiensystem ist;
 - 6.3 daß sich nach wie vor die Mehrheit in diesem Land an einem laizistisch ausgerichteten Staatsverständnis orientiert;
 - 6.4 daß es eine Reihe von demokratisch gesinnten überzeugenden Einzelpersonlichkeiten und Organisationen gibt, die sich dem Marsch aus der Demokratie heraus entgegenstellen, auch wenn es für sie persönlich sehr gefährlich werden kann;
 - 6.5 daß die "Sozialdemokratische Volkspartei" gerade in der Kurdenfrage um eine Öffnung bemüht ist und auch ihre Bereitschaft gezeigt hat, bei diesem Problem neue Wege zu gehen.
7. Deshalb begrüßen wir alle Versuche türkischer Demokratinnen und Demokraten (z.B. in Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie, in Menschenrechtsorganisationen, in der Presse), die Regierung zu einer Umkehr in ihrer Politik zu bewegen und in diesem Zusammenhang endlich die Demokratisierungsversprechen einzulösen.
8. Wir erwarten von den Verantwortlichen unserer Partei in der Bundesfraktion und im Parteivorstand, daß sie alle Einflußmöglichkeiten nutzen, damit von bundesrepublikanischem Boden aus keine (direkte oder indirekte) Unterstützung der Gewalt in der Türkei erfolgt.
9. Wir fordern die OSZE auf, so auf die Türkei einzuwirken, daß die Probleme im Südosten des Landes mit demokratischen Mitteln gelöst werden. Von der Bundestagsfraktion der SPD erwarten wir diesbezügliche parlamentarische Initiativen.
10. Wir sprechen uns dafür aus, daß eine demokratische Türkei, in der die Grund- und Menschenrechte für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sind, in den Prozeß einer gesamteuropäischen Integration eingebunden wird.

Antragsteller :

Helmut Aichele - Salih Arıcan - Klaus Mattischeck
Zafer Titiz - Wolfgang Vogel

Demokratikleşme Türkiye'nin En Önemli Sorunudur

Duisburg, 26 Nisan 1995

Türkiye'de askeri rejimin yaptığı 1982 Anayasası halâ yürürlükte olup toplumsal yaşamın yasal çerçevesini belirlemektedir. 1982 Anayasası devletin yasal yapısını belirlediği gibi, onun demokratik karakterini de şekillendirmektedir.

Bu Anayasa genel anlayışla temel hak ve özgürlükleri kısıtlayıcı, kontrol altında tutucu bir yapıya sahiptir. Bunun için günümüz Türkiye'sinin en önemli sorunlarından başlıcasını demokratikleşme, yani toplumun, kurumların ve

bireylerin özgürlüğünü, katılımcılığını ve haklarını artırıcı yasal düzenlemelerin yapılması oluşturmaktadır.

HDF, ağırlaşan ülke sorunlarına değişik çözümler bulunabilmesinin başlıca koşulu olan "demokratikleşmenin" kurum ve kurallarıyla eksiksizce hayata geçirilebilmesi için Türkiye Büyük Millet Meclisince aşağıda değinilen konular üzerinde yasal değişiklik ve düzenlemelerin ivedilikle yapılması gerektiği düşüncesindedir.

- Türkiye'nin Anayasası, çağdaş ve evrensel özgürlükleri içeren bir anayasa olmalıdır.
- Yargının bağımsızlığı sağlanmalıdır.
- Düşüncüyü ifade etme, yazılı şekilde açıklama ve yayınlama, nedeni ne olursa olsun suç olmaktan çıkarılmalıdır. O nedenle Terörle Mücadele Yasasının 8.maddesi yürürlükten kaldırılmalıdır.
- Devletin demokratik, laik ve sosyal yapısı yasal düzenlemelerle güvence altına alınmalı ve geliştirilmelidir. Bu yapıyı zorlayan "zoraki din dersi" gibi uygulamalar kaldırılmalıdır.
- Toplumun tüm katmanlarının siyasi partilere üye olma ve siyaset yapmasına olanak sağlayan yasal düzenlemeler yapılmalıdır.
- Toplumsal kurumların şeffaflığı yeni düzenlemelerle sağlanmalıdır.
- Memurların (kamu görevlilerinin) sendika kurabilme, grev ve toplu sözleşme hakkı sağlanmalıdır.
- Bireyin toplumsal girişimciliğini, katılımcılığını artıran önlemlerin yasal çerçevesi yaratılmalıdır.
- Belirli bir sayıdan fazla kişinin çalıştığı resmi ve özel kurumların yönetimine demokratik bir işlerlik kazandıran yasal düzenlemeler yapılarak, çalışanların yönetime katılmaları sağlanmalıdır. Bu düzenleme eğitim kurumları için de geçerli kılınarak, öğrenci ve veli temsilcilerinin de yönetime katılması gerçekleştirilmelidir.
- Diyanet işleri kurumu yeni bir yapılanmaya tabi tutularak sünni müslümanların yanısıra, alevi müslümanları da temsil eden bir kurum haline dönüştürülmelidir.
- Türkiye'nin zengin etnik kültürel çoğulcu yapısının korunması ve geliştirilmesi için zorunlu demokratik yasal düzenlemeler yapılmalıdır.

Türkiye'de demokrasinin çağdaş toplumdaki düzeyine ulaşması için kurulduğu günden bu yana mücadele veren **HDF**, bu istemlerin en kısa zamanda gerçekleştirilmesi için gerekli adımların atılmasını talep eder ve bu taleplerin bundan sonra da inançlı takipçisi olacağını kamuoyuna duyurur.

HDF Genel Yönetim Kurulu

Sosyaldemokrat Halk Dernekleri Federasyonu

Kritische Standpunkte

Auch in dieser „Dayanışma“-Ausgabe werden die Leserinnen und Leser - wie in der Mehrzahl der in der Bundesrepublik verbreiteten Medienprodukte - kritische Standpunkte zur Politik der Türkei finden.

Aus manchen Gesprächen wissen wir, daß MitbürgerInnen türkischer Herkunft, egal, ob eingebürgert oder nicht, erhebliche Schwierigkeiten haben, Kritik und immer nur Kritik zu erfahren, wenn von ihrem Heimatland die Rede ist. Viele sind der Meinung, die Darstellung der politischen, kulturellen, wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Landes in der deutschen Öffentlichkeit sei unvollständig, einseitig, negativ, unfair, auf falschen oder halbweisen Informationen beruhend.

Wenn wir dann diese Tendenz in der bei uns veröffentlichten Meinung zusammenbringen mit der Vielzahl von beinahe täglichen Schrecknissen, mit denen der türkische Bevölkerungsteil unseres Landes konfrontiert wird, ist es nicht überraschend, daß der Dialog zwischen Türken und Deutschen schwierig ist und immer schwieriger wird. Wir - die Deutschen - können manche übersteigerten nationalen Gefühle unserer türkischen Gesprächspartner nachvollziehen (etwa bei der Diskussion um die PKK). Wir können inzwischen wenigstens ahnen, wie die weitgehende Gleichheit politischer Argumentationen türkischer Menschen entstehen kann, die vor nicht langer Zeit zu irgendeinem Thema ganz unterschiedliche Ansichten vertreten haben.

Dennoch sagen wir, daß wir, die Kritisierenden, auch in Zukunft Kritik üben werden. Wir äußern unsere Kritik nicht als Berufspolitiker, die womöglich aus Gründen der tagesspolitischen Zweckmäßigkeit oder wegen des Gewinns von Wählerstimmen oder der Bequemlichkeit halber reden. Wir wollen niemanden der in der großen Mehrheit demokratisch denkenden Türcinnen und Türcen kränken, ausgrenzen, verletzen. Wir hinterfragen und kritisieren, weil wir keine Mitläufer in Sachen Demokratie und Menschenrecht sind, sondern überzeugte Anhänger beider unteilbarer Prinzipien. Wir glauben letztendlich, daß wir gerade gegenüber Mitbürgern und Freunden zur Debatte und politischen Auseinandersetzung verpflichtet sind. Wir bitten darum, diesen Gedanken nachzuvollziehen und zu akzeptieren, daß uns einerseits die Fortschritte im Demokratisierungsprozeß in der Türkei gegenüber den Zeiten der Militärdiktaturen sehr wohl bewußt sind, daß uns andererseits dieser Prozeß aber nicht zügig genug voran geht.

In unserem (westlichen?) Sinn geht es nicht an, Yaşar Kemal vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung zu ziehen; wenn er denn mit seinen Aussagen gegen Artikel der türkischen Verfassung oder sonstige Gesetze verstoßen hat, ist nach unserer Meinung die Diskussion an dieser Stelle eben nicht beendet - sie beginnt erst richtig mit der Forderung, die entsprechenden Bestimmungen endlich zu beseitigen.

Wir nennen Terrorismus immer Terrorismus, und wir machen keinen Unterschied, ob er von der PKK oder von Teilen der türkischen Polizei und Teilen der Streitkräfte als

Kampfmittel angewendet und eingesetzt wird. Wenn denn türkische Gesetze bestimmte Vorgehensweisen der Staatsmacht „legalisieren“ sollten, müssen die Gesetze verschwinden. Gesetze müssen in vorderster Linie ethischen und moralischen Geboten entsprechen, in der Türkei, in Deutschland, in jedem Land.

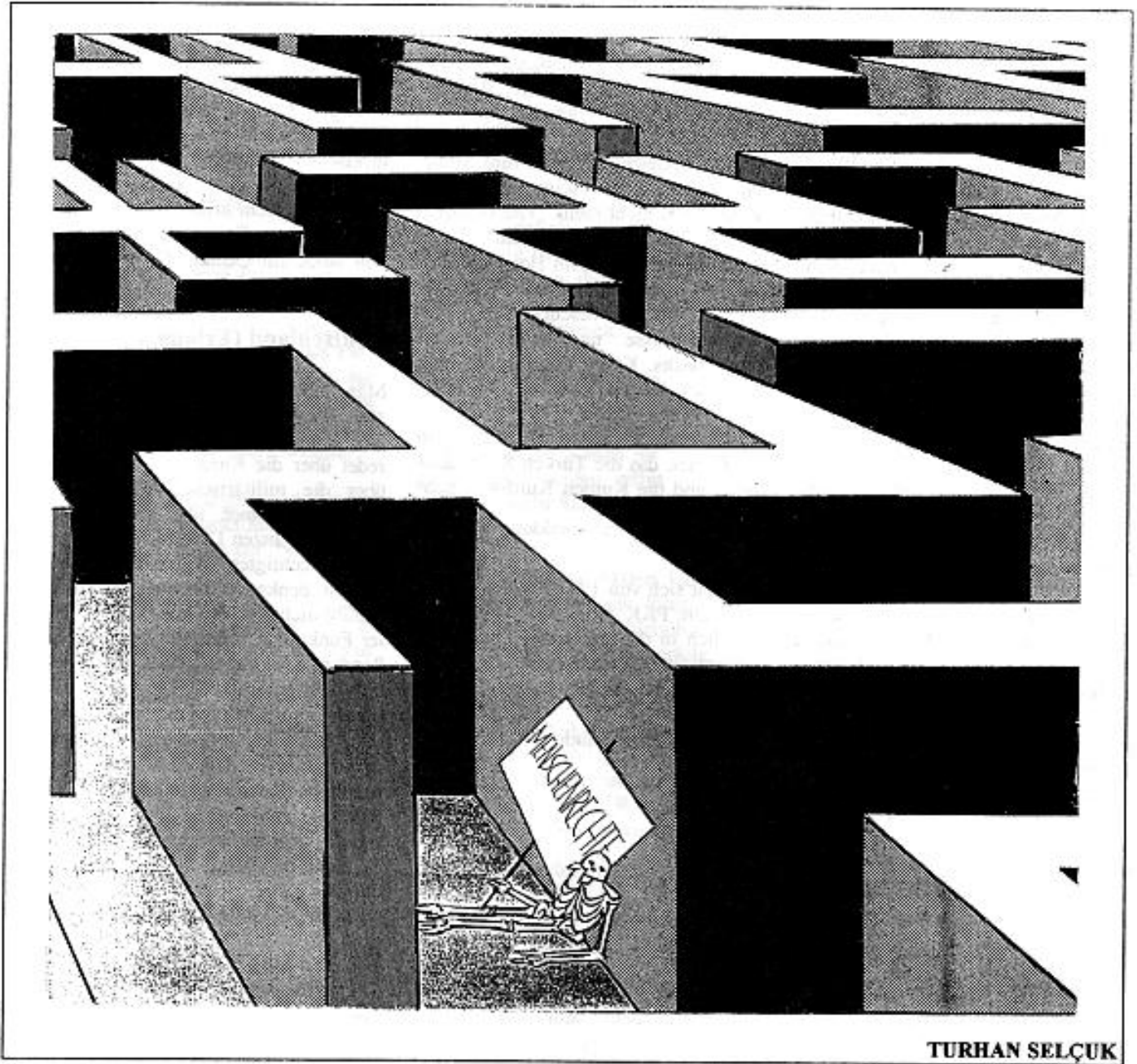
Zugegeben: auch mit gutem Willen und einem gewissem Fleiß ist es für uns, auch unter Hinweis auf die Sprachbarriere, sehr schwierig, Informationen zu erhalten und zu interpretieren. Wir sehen aber keinen Grund, alle Informationen aus deutschen Medien von vornherein für eventuell unwahr zu halten. Wir wiederholen oben gesagtes: daß die türkische Republik einen Demokratisierungsprozeß in Gang gesetzt hat und in Bewegung zu halten versucht, wird nicht bestritten. Daß aber der „Nationale Sicherheitsrat“ sich bei Bedarf nicht um die Legislative schert, wird nicht bestritten werden. Daß Parlament und Regierung auf einem schmalen Grat wandeln, von dem aus sie auch sehr schnell ins Gefängnis abstürzen und vor Kriegsgerichte geraten könnten, nehmen wir an. Daß das Wahlsystem der Türkei nicht unseren Vorstellungen von einem demokratischen Wahlsystem entspricht, stellen wir fest, auch in dem Bewußtsein, daß man in dieser Frage sehr verschiedener Meinung sein kann. Daß die Situation in der Türkei in Bezug auf Einhaltung der Menschenrechte zu Fragen zwingt, darf niemand bestreiten, der bereit ist, seine Augen offen zu halten, und der die Menschenrechte als Fundament der Demokratie und Voraussetzung für Frieden zuhause und Frieden in der Welt ansieht. Im übrigen: selbst S. Demirel, der heutige Staatspräsident, hat im Wahlkampf 1991 „gläserne Polizeiwachen“ und „Abschaffung der Folter“ (nach „Blätter des IZ3W“, Nr. 178) als Wahlversprechen verkündet. Das Antiterrorgesetz ist bis zur Stunde nicht beseitigt, über die Lage der türkischen Gewerkschaften wird in einer der nächsten „Dayanışma“-Ausgaben zu berichten sein.

Immer wieder kommen wir auf den Punkt, daß der Demokratisierungszug möglichst ab sofort in schnellere Fahrt gebracht werden muß, und daß es auf dieser Fahrt keine verstellten Weichen geben darf, an denen der Zug etwa auf das Re-Islamisierungsgleis gelenkt wird, an dem wir auf eine lange Strecke keine Weichen sehen, weder den Abzweig zum Kemalismus, noch einen Abzweig in Richtung Westen.

Über das alles wollen wir mit unseren türkischen MitbürgerInnen und Freunden ins Gespräch kommen, fragend und konstruktiv, nicht abwertend und besserwisserisch. Dieser Dialog wäre unserer Meinung nach eine mehrfache Chance: Wir können voneinander lernen und dazu beitragen, in stärkerem Maß als bisher Ideen aus mehreren Kulturen auszutauschen und in die jeweils eigene einzubringen, wir können Verständnis und Toleranz befördern und Integration voranbringen für die hoffentlich sehr vielen türkischen Mitbürger, die in Deutschland ihr Leben verbringen wollen.

In diesem Sinn meinen wir unsere Kritik, und in diesem Sinn erwarten wir kritisiert zu werden. Daß dieser Prozeß endlich in Gang kommt, ist nach unserer festen Überzeugung für die türkische und für die deutsche Seite völlig unverzichtbar.

Klaus Mattischeck



TURHAN SELÇUK

DIE FEINDE 2

*Sie sind die Feinde des Tuchwebers Recep aus Bursa,
die Feinde des Monteurs Hasan in den Karabük-Werken.
Sie sind die Feinde der armen Bäuerin Hatçe,
die Feinde des Landarbeiters Süleyman.
Sie sind deine Feinde, meine Feinde,
die Feinde jedes denkenden Menschen.
Unser Vaterland, die Heimat all dieser Menschen
sie sind, Liebste, die Feinde unseres Vaterlands.*

NAZIM HİKMET

DÜŞMAN 2

*Bursada havlucu Recebe,
Karabük fabrikasında tesviyeci Hasana düşman,
fakir köylü Hatçe kadına,
ırgat Süleymana düşman,
sana düşman, bana düşman,
düşünen insana düşman,
vatan ki bu insanların evidir,
sevgilim, onlar vatana düşman...*

NAZIM HİKMET